

# Protokoll der Fachbereichssitzung vom 27.07.2017

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit: 11 eingetragene Jurastudenten anwesend, damit nicht beschlussfähig.
2. GO-Eilantrag: Aufnahme der **Wahl zur Landesfachschaftentagung** als Tagesordnungspunkt- ohne Gegenrede angenommen.
3. Erneute Feststellung der Beschlussfähigkeit: 15 eingetragene Jurastudenten anwesend, damit **beschlussfähig**.
4. **GO-Antrag auf Vorziehung der Fachbereichsanträge**- formale Gegenrede Julian- (9-3-3) - damit angenommen.
5. **Finanzantrag Klausurenwerkstatt SoSe 2017** auf 365€- 14 Coaches je 50€ (10€ pro Besprechung) + 3 weitere Coaches (15€ für 2 Besprechungen) - von Fachschaft vorfinanziert- einstimmig angenommen.
6. **„Refugee Law Clinic“-Hütte**- Organisationsveranstaltung, 2 Nächte im Schwarzwald, insg. 550€, davon zu übernehmen: 231,18€- einstimmig angenommen.
7. **Druckkosten Erstihefte 2017** der Fachschaft, 1500€ (Vorkostenanschlag+ Puffer) - einstimmig angenommen.
8. **Kostenerstattung Flyer** für die Fachschaftswahlen im Zuge der Uni-Wahlen 2017- 45,76€- einstimmig angenommen.
9. Erneute **Abstimmung über den GO-Eilantrag**- Diskussion einstimmig angenommen.  
  
Ziel: Öffnung der Fachschaft; Möglichkeit für alle, sich auf Landes- und Bundesebene einzubringen (nicht wie bisher nur Fachschaftsmitglieder); dort werden sehr allgemeine Angelegenheiten besprochen, welche nicht allein die Fachschaft als Institution betreffen.  
  
Einwände: keine Vorlaufzeit; keine Möglichkeit, sich zu bewerben- nur für zufällig Anwesende; damit geringe demokratische Legitimation; enorme Machtfülle für wenige Freiwillige.  
  
Kompromissvorschlag: Jannika bleibt interimswise Ansprechpartnerin im Namen der Studierenden der juristischen Fakultät Freiburg; Verschiebung der Wahl auf einen späteren Zeitpunkt im Wintersemester 2017/18; Ankündigung dieser Wahl zu gegebenen Zeitpunkt- ohne Gegenrede angenommen.
10. **Wahl des Stellvertreters für das Referat gegen Antisemitismus**- Bewerber: Julian van Endert- einstimmig angenommen.
11. Antrag auf **Einschränkung der wiederholten Blockade im StuRa**- für 2. Mal ist absolute Stimmmehrheit erforderlich; eingebracht vom RCDS- einstimmig angenommen.
12. Antrag auf **Verurteilung der Ausschreitungen des Schwarzen Blocks im Zuge der G20-Proteste**- vom RCDS gestellt.

Ausgestellt von: Moritz Biegel

Ziel: der StuRa hat die Busfahrt von Demonstranten, welche an den später eskalieren Demonstrationen teilnehmen wollten, finanziell unterstützt. Daher hält der RCDS es für nötig, sich von den damit einhergehenden Ausschreitungen und Straftaten explizit zu distanzieren, um deutlich zu machen, dass man sich als studentische Institution nicht für Gewalt und anarchistische Zustände einsetzt.

Einwände: Insbesondere wurde eingewandt, dass die vorgelegte Form nicht ausreichend zwischen friedlichen linken Protestlern und Extremisten unterscheidet und allgemein sprachlich allzu einseitig formuliert sei. Es handele sich eher um ein politisches Pamphlet als um eine angemessene Distanzierung.

Daher stellt Line einen Antrag darauf, für die Formulierung einer neutraleren Stellungnahme zu den G20-Ausschreitungen mandatiert zu werden- dies wurde ohne Gegenrede angenommen.

Der Antrag des RCDS wurde hingegen abgelehnt (0-9-2-2).

### **13. Im Gegenzug wurde verlangt, sich von der **Polizeigewalt im Zug der G20-Protteste zu distanzieren.****

Ziele: Diese habe nach Ansicht der Antragsstelle auf ganzer Linie versagt und sei somit für die späteren Ausschreitungen verantwortlich. Dabei hätten sich die Polizeibeamten unverantwortlich, gewaltbereit und aggressiv verhalten.

Einwände: Eingewandt wurde, dass die Lage bezüglich möglicher Polizeigewalt noch nicht ansatzweise klar genug wäre, um sie abschließend oder auch nur vorläufig zu bewerten. Auch dieser Schriftsatz wäre zudem nicht neutral gehalten und zu einseitig. Ebenfalls angezweifelt wurde, ob der StuRa überhaupt die Kompetenz dazu hätte, Polizeigewalt zu verurteilen, da es keine Vernetzungen der Freiburger Studierenden zu den Aktionen der Polizeibeamten im fraglichen Zeitraum gibt.

Der Antrag wurde einstimmig abgelehnt.

### **14. Stellungnahme zur Ahmadiyya-Gemeinde- vorgebracht vom asozialen Netzwerk- Distanzierung von einer vorausgegangenen Vorstellung beim StuRa.**

Ziel: Gemeinde ist auf Sektenwatch gelistet. Sie sei antidemokratisch und reaktionär eingestellt und wirke auf ihre Mitglieder integrationsschädlich ein. Innerhalb des Islam gilt die Gemeinde (aus religiös-theologischen Gründen) als Splittergruppe. Besonders wurde ihr von den Antragsstellenden ein vor längerer Zeit innerhalb der Gemeinschaft verübter Ehrenmord vorgehalten.

Einwände: Die Bundesregierung arbeitet schon seit längerem mit der Ahmadiyya-Gemeinde zusammen. Mit ihrer Einschätzung als Sekte stünde Sektenwatch ziemlich exklusiv da, obwohl dieses Thema durchaus häufiger diskutiert werde. Die Gemeinde sei sehr aufgeschlossen auch gegenüber Andersdenkenden und eben nicht fundamentalistisch eingestellt, sie vertrete nur eine andere theologische Auffassung. Bereits in ihrer Vorstellung zeige sich gerade, dass sie bestrebt sei, am Allgemeinwohl und dem kulturellen Leben unseres Landes mitzuwirken. Des Weiteren hätten sich ja eben nur Vertreter vorgestellt- ohne jede weitergehende Unterstützung zu erhalten. Deswegen sei eine Distanzierung sowieso obsolet.

Der Antrag wurde abgelehnt (0-14-1-0).

### **15. Antrag auf Quotierung der Delegierten beim „Freien Zusammenschluss der Studierenden“ (FZS)- im Gespräch ist eine gleichmäßige Männer- und Frauenquote (jeweils 50%).**

Ausgestellt von: Moritz Biegel

Ziel: momentan sehr geringer Frauenanteil. Entspricht bei weitem nicht der Quote von Frauen an der gesamten Studierendenschaft.

Einwände: Es sollten jeweils die Fähigsten gewählt werden. Zudem sei es fraglich, ob wirklich Diskriminierung für dieses Ungleichgewicht verantwortlich sei. Sinnvoller als eine feste Quote wäre eher ein allgemeines Hinarbeiten auf mehr Gleichberechtigung, die Erleichterung der Teilhabe für Frauen oder auch eine weichere Quote.

Der Antrag wurde abgelehnt (0-7-7-0).

**16. Der Bericht aus der Fachschaft-** Hinweis auf die Absolventenfeier am 28.07.2017, wo Studierende beim Sektempfang und beim Catering aushelfen- die Planungen für die Erstwoche wurden angestoßen- die ersten Fachschaftsdienste wurden erfolgreich bewältigt- die alte Fachschaft informiert darüber, dass das nächste Bundesfachschaftentagung vom 3. Bis zum 5. November in Freiburg stattfinden wird.

**17. Termininformationen-** Die Termine in den folgenden Semesterferien (Sommer 2017) werden zu einem späteren Zeitpunkt herausgegeben.

**--Die Sitzung ist geschlossen--**